Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 327. Sonnabend den 22. November 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 23. November
Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 31. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 12. December dieses Jahres auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1571. Bekanntmachung, betreffend den Verkehr mit Erzeugnissen und Gerüthschaften des Weinbaues in den deutsch-luxemburgischen Grenzbezirken. Vom 10. November 1884.

Leipzig, am 17. November 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Die Ausführung der für Privatgrundstücksbesitzer anzulegenden Bei-, Fallrohr- und Nebenschleußen soll auf die Dauer der Jahre 1885 und 1886 an einen oder mehrere Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können von da entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Herstellung von Privatschleußen in den Jahren 1885 und 1886"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 29. November 1884, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, am 7. November 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 1,036,000 Schleußensteinen zu den im Jahre 1885 auszuführenden Schleußenbauten soll an einen oder mehrere Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14 aus und können von dort entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift: **„Lieferung von Schleußensteinen im Jahre 1885"** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 29. November 1884 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 14. November 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbaudeputation. Gr.

Bekanntmachung,

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendler'sche Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche für Ostern 1885 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflegebefohlenen in die Wendler'sche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder am **Donnerstag, den 27. November, 2 Uhr,** oder am **Montag, den 1. December, 2 Uhr,** in der **Freischule, Jüdenstraße 5,** persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfschein des Kindes vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche in der Zeit vom 1. Juli 1878 bis zum 30. Juli 1879 geboren wurden. Kinder, welche schon Schulunterricht genossen haben, können nur, soweit Raum noch vorhanden ist, in eine obere Classe der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, 17. November 1884.

Das Directorium der Wendler'schen Stiftung.

Freiwillige Versteigerung.

Erbtheilungshalber sollen

den 17. December 1884, Vormittags 11 Uhr,

die zu dem Nachlasse des Gutsbesitzers Carl Gottfried Heilmann in Hain gehörigen Grundstücke

1) das Anspannergut Fol. 31
2) das Hüterläffergut Fol. 38
3) das Feldgrundstück Fol. 60
4) das Feldgrundstück Fol. 61
5) das Wiesengrundstück Fol. 198

} des Grund- und Hypothekenbuches für Hain,

bezw. desjenigen für Lodstädt, vormals dasigen Gerichtsantheils,

zusammen eine Fläche von 54 ha 15,1 a oder 97 Acker 258 Ruthen umfassend, von welchen Grundstücken

das unter 1 auf 20,830 ℳ,
das unter 2 auf 34,963 ℳ,
das unter 3 auf 4135 ℳ,
das unter 4 auf 6850 ℳ und
das unter 5 auf 3150 ℳ

ohne Berücksichtigung der Lasten gerichtlich gewürdert worden ist, zusammen, bezirksamtlich was das, eine Fläche von 13 ha 61,6 a oder 24 Acker 181 Quadrat-Ruthen umfassende Grundstück unter 2 betrifft, einzeln, mit der gesammten eingebrachten Ernte, jedoch ohne Inventar

in dem unter 1 aufgeführten Gute in Hain

freiwillig versteigert werden.

Die eine Beschreibung der Grundstücke, die Grundbuchs- und Flurbuchsauszüge und die Versteigerungsbedingungen enthaltenden Anschläge hängen im hiesigen Gerichtshause sowie im Braune'schen Gasthofe zu Hain aus.

Ein freihändiger Kauf über die Grundstücke kann auch vor dem Termine abgeschlossen werden und haben sich Kauflustige deshalb an den Gutsbesitzer Herrn Franz Emil Popische in Hain zu wenden.

Borna, den 15. November 1884.

Das Königliche Amtsgericht.
In Stellvertretung:
Dr. Weinicke. Lötzsch.

Israelitische Religionsgemeinde.

Heute Abend: **Wahl.** Annahme der Stimmzettel 7—8 Uhr im Sitzungssaale der Gemeinde, im Synagogen-Gebäude.

Nichtamtlicher Theil.

Die Eröffnung des Reichstages.

Der deutsche Reichstag ist am Donnerstag durch den Kaiser persönlich eröffnet worden, ein sehr erfreuliches Zeichen von der körperlichen und geistigen Frische unseres hochbetagten Kaisers. Kaum von der Jagd in Letzlingen zurückgekehrt, widmete sich der hohe Herr sogleich wieder mit gewohnter Pflichttreue der Erledigung der Regierungsgeschäfte und ließ es sich auch nicht nehmen, den Reichstag in Person zu begrüßen. Es war dem Kaiser dies um so mehr Bedürfniß, als er dadurch Gelegenheit erhielt, seine Genugthuung über das bisherige Gelingen der Socialreform öffentlich kundzugeben. Was die Thronrede des Jahres 1881 als Ziel bezeichnet hatte, die Sicherstellung der Arbeiter gegen die Folgen von Krankheiten, Unfällen und Alter, sie ist bereits durch zwei wichtige Gesetze, durch das Krankencassen- und das Unfallversicherungsgesetz erreicht, und in der vor uns liegenden Gesetzgebungsperiode wird die Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf die Arbeiter der Landwirthschaft und des Transportwesens angestrebt werden. Der Kaiser faßt seine Zufriedenheit mit dem erreichten Erfolge in die Worte zusammen: „Ich entnehme daraus am Abend Meines Lebens die Zuversicht, daß der stufenweise Ausbau der begonnenen Reform schließlich gelingen und für den inneren Frieden im Reiche die Bürgschaften herstellen werde, welche nach menschlicher Unvollkommenheit erreichbar sind. Schon diese Eingangsworte der Thronrede verrathen, daß es dem Kaiser Herzenssache ist, die erfüllbaren Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Der innere Friede des Reiches soll nicht durch die Noth eines Theiles seiner Angehörigen getrübt und gestört werden, was nach menschlicher Kraft geschehen kann, um unverschuldete Noth zu beseitigen oder doch zu mildern, dazu sind alle denkbaren Mittel bereit gestellt worden. Schon vor drei Jahren erregte der große bahnbrechende Gedanke zur Lösung der socialen Frage Zustimmung, nicht nur in Deutschland, sondern in allen civilisirten Ländern, aber man verhehlte sich nicht die großen Schwierigkeiten, welche seiner Ausführung entgegenstanden. Deshalb waren diejenigen, welche in der Verneinung und in der unfruchtbaren Bemäkelung aller Regierungshandlungen ihre Hauptstärke suchen, sogleich bei der Hand, die Socialreform wie sie die Thronrede vom 17. November 1881 in Aussicht stellte, als eine Utopie, als etwas Unmögliches zu erklären. Anstatt den Versuch zu machen, ob das Ziel nicht doch vielleicht auf diesem Wege erreicht werden könne, wurde das Schlagwort ausgegeben: „Nicht Staatshilfe, sondern Selbsthilfe." Wir haben gesehen, wohin die Selbsthilfe führt, die Arbeiter selbst antworten darauf: „Die Freiheit, welche uns der Fortschritt zugesteht, ist die Freiheit zu verhungern. Wenn die Selbsthilfe den Klagen der Arbeiter abzuhelfen vermöchte, so wären sie längst verstummt; das ist ja der Kern der socialen Frage, daß denen, die sich nicht selbst helfen können, die Gesammtheit beispringen muß, freilich übernehmen sie dadurch selbst einen Theil der Sorge für ihre und der übrigen Existenz in Nothfällen, aber nur nach Verhältniß ihrer Kopfzahl und ihrer Leistungsfähigkeit. Das, was der Lohnarbeiter in gesunden Tagen zu verdienen vermag, reicht allenfalls hin zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse und derer ihrer Familien, aber wenn die Arbeitskraft in Wegfall kommt, dann erhebt sogleich die Noth ihr bleiches Angesicht. Deshalb kann von Selbsthilfe nicht die Rede sein, die Staatshilfe muß in die Lücke eintreten. Das ist durch das Krankencassengesetz geschehen und wird noch in höherem Maße durch das Unfallversicherungsgesetz zur Durchführung kommen, aber nicht im Sturmschritt, sondern allmälig, soweit es die menschliche Unvollkommenheit zuläßt. Zuerst die am Meisten gefährdeten Arbeiter, dann die übrigen, voran die landwirthschaftlichen Arbeiter und die im Transportwesen beschäftigten Arbeiter. Der Vorwurf, daß nicht alle Arbeiter sofort gegen die Folgen von Unfällen geschützt werden, ist nur noch zum Theil gerechtfertigt, in der laufenden Gesetzgebungsperiode werden weitere große Gruppen von Arbeitern in das Unfallversicherungsgesetz aufgenommen.

Die Erfahrung der letzten drei Jahre hat gelehrt, daß der Gedanke der Staatshilfe für die nothleidenden Arbeiter keine Utopie ist, sondern daß er mit dem guten Willen der Mehrheit der Volksvertreter in Beziug gesetzt werden kann und daß damit auch der Zweck erreicht wird, welcher angestrebt wird. Die Krönung des Werkes, die Invalidenversicherung, bleibt einstweilen noch der Zukunft vorbehalten, weil die nöthige Deckung für die daraus sich ergebenden Ausgaben noch nicht vorhanden ist, und deshalb schweigt auch die Thronrede von dieser großen und umfassenden Schutzmaßregel. Aber sie ist damit keineswegs aufgegeben, sondern nur bis zu dem Zeitpunct hinausgeschoben, in welchem die Deckung für die erforderlichen Ausgaben gefunden ist. Vorläufig ist die von der freisinnigen Partei so eifrig empfohlene Selbsthilfe für diesen Theil der Socialreform als Lückenbüßer benutzt worden. Das Postsparcassengesetz soll die Sparsamkeit der hilfsbedürftigen Volksclassen befördern und ihnen die Wege offen halten, bei gutem Verdienst einen Theil des Erworbenen für die Zukunft zurückzulegen. Damit ist natürlich nicht das Zugeständniß gegeben, daß die Freisinnigen mit ihrem Schlagworte Selbsthilfe nicht Staatshilfe das Richtige getroffen haben, sondern lediglich anerkannt, daß Selbsthilfe und Staatshilfe mit einander Hand in Hand gehen müssen, wenn ein gutes Gesammtergebniß erreicht werden soll.

Die Thronrede vom 20. November schließt sich auch darin eng an die Eröffnungsrede des vergangenen Reichstages an, daß sie frei von dem trockenen geschäftsmäßigen Ton, welche Eröffnungsreden regelmäßig zu charakterisiren pflegt, mit warmer Empfindung in die Entwickelung des deutschen Reiches hineingreift. Das Wohl der Gesammtheit aller deutschen Staatsangehörigen ist das Ziel, welches sie der deutschen Nation zum Bewußtsein bringen will. Diesem Mittelpunct aller Kraftentfaltung ist das Streben der Regierung gewidmet und zur Mitarbeit nach diesem Ziele hin wird auch die Volksvertretung aufgefordert. Von diesem Gesichtspuncte ist auch die Colonialpolitik der Reichsregierung dictirt. Nicht Machterweiterung, Gebietsvergrößerung oder Eroberungs- und Ruhmsucht sind die Triebfedern, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, Colonien zu gründen, sondern das Bestreben, die Absatzquellen und die lohnende Beschäftigung der Arbeiter zu fördern. In der Thronrede heißt es ausdrücklich: „Wenn diese Anfänge colonialer Bestrebungen nicht alle Erwartungen, die sich daran knüpfen, befriedigen können, so werden sie doch dazu beitragen, durch Entwickelung der Handelsverbindungen und durch Belebung des Unternehmungsgeistes die Ausfuhr unserer Erzeugnisse dergestalt zu fördern, daß unsere Industrie zu lohnender Beschäftigung ihrer Arbeiter befähigt bleibe." Also Erschließung neuer Absatzgebiete für die Erzeugnisse deutscher Arbeit ist der leitende Gedanke für die deutsche Colonialpolitik der Zukunft. Es ist das ein neues Zeichen von der Einheitlichkeit aller Bestrebungen unserer Reichsregierung. Kein Schein von Kraftzersplitterung, von zielloser Unternehmungssucht nach dieser oder jener Richtung, etwa um dem Ueberschuß an Kräften oder dem Uebermuth Beschäftigung oder Spielraum zu verschaffen, sondern einzig und allein der Wunsch, der Gesammtwohlfahrt zu dienen, ist die Triebfeder aller Regierungshandlungen in Deutschland.

Damit ist die Colonialpolitik zu einer Ergänzung der Socialreform gestempelt; nicht eine Politik der Abenteuer wird damit eingeleitet, sondern die naturgemäße und friedliche Entwickelung des deutschen Handels und der deutschen Industrie soll Förderung finden. Und daß dieser Zweck ohne jede Verwickelung mit entgegenstehenden Interessen erreicht werden kann, dazu ist die westafrikanische Conferenz berufen worden. Der darauf bezügliche Abschnitt der Thronrede erscheint deshalb von ganz besonderer bahnbrechender Tragweite. Zwei Nationen, die sich noch vor 14 Jahren auf dem Schlachtfelde als Feinde gegenüberstanden, haben sich zu dem friedlichen Zwecke geeinigt, eine Berathung der seefahrenden Nationen über die Mittel herbeizuführen, durch welche der Handel mit Afrika gefördert und vor Störungen durch internationale Reibungen gesichert werden kann. Die Thronrede betont ausdrücklich, daß die friedlichen Absichten des deutschen Reiches allgemeine Anerkennung gefunden haben und daß dieser hauptsächlich die Bereitwilligkeit entspringt, mit welcher die seefahrenden Nationen der Einladung Deutschlands und Frankreichs, die Berliner Conferenz zu beschicken, Folge geleistet haben.

Derselbe Gesichtspunct, welcher für die Einladung zur Berliner Conferenz maßgebend war, ist auch der leitende für die Zusammenkunft in Skiernewice gewesen. Der Schluß der Thronrede darf als eine besonders werthvolle Friedensbürgschaft gelten, welche überall in Europa freudigen Widerhall finden wird. „Dem Wohlwollen, von welchen alle Staaten des Auslandes dem deutschen Reiche gegenüber erfüllt sind, liegt die Anerkennung der Thatsache zu Grunde, daß die kriegerischen Erfolge, die Gott uns verliehen hat, uns nicht verleiten, das Glück der Völker auf anderem Wege als durch Pflege des Friedens und seiner Wohlthaten zu suchen. Ich freue mich dieser Anerkennung und insbesondere darüber, daß die Freundschaft mit dem durch die Tradition der Väter, durch die Verwandtschaft der regierenden Häuser und durch die Nachbarschaft der Länder mit besonders nahe stehenden Monarchen von Oesterreich und Rußland durch unsere Begegnung in Skiernewice hat erneut besiegelt werden können, daß ich ihre ungestörte Dauer für lange Zeit gesichert halten darf. Ich danke dem allmächtigen Gott für diese Gewißheit und für die darin beruhende starke Bürgschaft des Friedens." Der Friede der Völker unter einander ist die sicherste Grundlage für die Herstellung des inneren Friedens, und dieser soll durch die Socialreform, soweit menschliche Unvollkommenheit das ermöglicht, sicher gestellt werden. Wir werden diese Bestrebungen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften unterstützen und hoffen, daß dies auch von anderer Seite geschehen wird. Dann wird die Wohlfahrt des deutschen Reiches auf festem Ankergrunde ruhen und gegen die Stürme der Zeiten gesichert sein.

Leipzig, 22. November 1884.

* Der **Bundesrath** genehmigte in der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Wirklichen Geheimen Raths Staatssecretairs Dr. v. Schelling stattgehabten Plenarsitzung den Entwurf zum Etat der Reichsschuld für 1885/86, den Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1885/86 und den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen. Zum Schluß wurde über die geschäftliche Behandlung von Eingaben Beschluß gefaßt.

* Die **socialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages**, die bekanntlich in der neuen Legislaturperiode zum ersten Male als vollgiltige Fraction auftreten, werden, wie man hört, ihre Action mit einem Antrag auf alsbaldige Aufhebung des Socialistengesetzes eröffnen. Es werden sich daran sehr interessante Verhandlungen über die hinter uns liegende Wahlbewegung und den gegenwärtigen Stand der socialdemokratischen Sache knüpfen. Zugleich wird man zu einem sicheren Urtheil gelangen, ob in dem gegenwärtigen Reichstag ein Antrag auf abermalige Verlängerung des Socialistengesetzes, welcher spätestens im Frühjahr 1886 gestellt werden müßte, Aussicht auf Annahme hat. Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, daß sich noch einmal der nöthige Zuzug von Klerikalen und Deutschfreisinnigen finden wird, um eine Mehrheit für das Socialistengesetz zu Stande zu bringen, und wir möchten nach Vielem, was in jüngster Zeit geschehen ist, auch bezweifeln, ob die Regierung eine ganz unveränderte Verlängerung des Gesetzes beabsichtigt.

* Die „Germania" hat die Ablehnung des Antrags Windthorst durch den Bundesrath mit der folgenden höchst charakteristischen Bemerkung aufgenommen: „Das katholische Volk wird sich sicherlich in lebhafter Uebereinstimmung mit seinen Vertretern befinden, wenn diese der Schroffheit der Reichsregierung unerbittliche Entschiedenheit in allen jenen Dingen entgegensetzen, die den Steuerzahler neu belasten sollen." Ungemüthlicher ist es noch niemals ausgesprochen worden, daß kirchenpolitische Zugeständnisse seitens der Regierung und Steuerbewilligungen seitens des Centrums in dem engsten Zusammenhange stehen. Wie entrüstet pflegt das Centrum sonst den Vorwurf zurückzuweisen, als ob für kirchliche Concessionen seine Zustimmung zu anderweiten Vorschlägen zu haben sei, als ob es durch den wechselnden Stand des Culturkampfes seine Haltung in anderen politischen Fragen bestimmen lasse! Und nun preßt den klerikalen Blättern die Wuth über die Ablehnung des Antrags Windthorst solche Drohungen aus! Man kann mit Sicherheit voraussehen, daß sich bei den jetzt beginnenden gesetzgeberischen Arbeiten das gouvernementale Centrum wieder in das schroff oppositionelle verwandeln wird, und daß sich die Regierung dieser Wandlung auch vollkommen bewußt ist.

* Die **deutschfreisinnige Partei des Reichstages** hat beschlossen, einen Antrag auf Gewährung von Diäten einzubringen und nachstehendes Gesuch an den Vorstand des Reichstages zu richten:

An den Vorstand des Reichstages! Durch den Herrn Reichskanzler ist inmitten des Etatsjahres ohne Mitwirkung des Reichstages und im Widerspruch mit den Festsetzungen des Etats des Reichstages (Cap. 2 Tit. a. 11) eine Einschränkung der im Jahre 1874 eingeführten freien Eisenbahnfahrt der Abgeordneten verfügt worden. Im Auftrage der deutschfreisinnigen Partei ersuchen wir den Vorstand ganz ergebenst, genanntes sofort über die zur Wahrung des Rechts und der Stellung des Reichstages erforderlichen Schritte in Berathung zu treten.

* Der Abgeordnete **Bertram** ist nicht der deutschfreisinnigen, sondern der nationalliberalen Fraction beigetreten.

* Die nationalliberale „Neue Zeitung" richtet gegen die „National-Zeitung" einen sehr scharfen Angriff, indem sie schreibt:

„Als die „National-Zeitung" vor wenigen Tagen die Nationalliberalen „Heidelberger Mundfürzchen" nannte, entgegneten wir, daß wir auf die groben Ausfälle des Blattes nicht antworten, sondern warten würden, bis es eines Tages wieder von seinem linksliberalen Standpuncte zu dem maßvollen Liberalismus schwenken wollen würde. Mit einer verblüffenden Schnelligkeit ging die „National-Zeitung" von ihrem früheren Standpuncte in das Lager des Herrn Richter über, so daß sich nach der Verschmelzung des „Berliner Tageblattes" das Gerücht verbreitete, die „National-Zeitung" werde als das officielle Organ des Fortschritts proclamirt werden. Jetzt entfernt sie sich wieder aus der Nähe des Herrn Richter und scheint sich den ehemaligen Secessionisten widmen zu wollen. Wohl kein maßgebendes deutsches Organ hat innerhalb weniger Wochen so starke und grundsätzliche politische Wandlungen durchgemacht, wie die „National-Zeitung". Diejenigen nationalliberalen Kreise, welche dem Blatte noch aus alter Gewohnheit anhängen, werden jetzt durch diese wunderbaren Metamorphosen, die Abwesenheit eines politischen Programms und aller Grundsätze bei der „National-Zeitung" die Ueberzeugung erlangt haben, daß sie einen berechtigten Anspruch auf die Bezeichnungen wie Dämmerungs- und Mondscheinliberale haben, so lange sie dem Blatte noch huldigen."

Die Rettungsmittel Gladstone's.

* Wir hatten erst kürzlich Gelegenheit zu bemerken, daß für Mr. Gladstone die Zeit immer näher zu rücken scheint, in der er sich allem Ernstes die bekannten tiefsinnigen Worte des melancholischen Dänenprinzen Hamlet „to be, or not to be" zu Gemüthe führen dürfte.

Was wir seither über die Wendungen und Sprünge der Gladstone'schen Politik erfahren, scheint gerade nicht geeignet, unsere oben angedeutete Meinung zu erschüttern, im Gegentheile, es liegt uns abermals eine neue Reihe Anzeichen und Thatsachen vor, welche ganz danach angethan sind, unsere kürzlich geäußerte Ansicht nur noch mehr zu befestigen.

Man ist im Hinblick auf die neueste Politik Englands wirklich in Verlegenheit, wo man die unerklärliche Zerfahrenheit und die Wirrnisse derselben zuerst anfassen soll: ob auf dem Gebiete der inneren oder dem der auswärtigen Politik. Auf beiden scheint man gleich rathlos und zu den wunderlichsten Rettungsmitteln geneigt zu sein, deren Erfolge aber jedenfalls sehr fraglich erscheinen.

Werfen wir also vorerst einen prüfenden Blick auf die neuesten Kundgebungen Gladstone's bezüglich seiner inneren Politik. Da melden die englischen Blätter, er habe sich plötzlich entschlossen, seine Wahlreformbill den Tories dadurch angenehmer zu machen, daß er hinsichtlich der Eintheilung der Wahlkreise geneigt sei, gewisse Zugeständnisse zu bewilligen. Das ist ganz englisch-kaufmännisch gesprochen, denn in allen Handelssprachen der Welt versteht man unter „Zugeständnissen" nichts anderes, als von dem ursprünglich geforderten Preis etwas herunterhandeln zu lassen. Wenn nun Kaufleute, die in ihren Geschäftslocalen Tafeln mit den bekannten Worten „feste Preise" aushängen, und trotzdem von diesen etwas abhandeln lassen, so wird man kaum behaupten können, daß solche Kaufleute nach einem bestimmten Geschäftsprincipe oder sonst in logischer Weise verfahren. Daraus erhellt also jedenfalls, daß auch Mr. Gladstone ein sonderbarer und unlogisch-politischer Handelsmann ist, der zuerst die Backen sehr voll nahm, aber schließlich, in die Enge getrieben, doch nicht auf den ursprünglich gesetzten Preisen besteht. Bisher hat er dem Oberhause die Wahlreformbill als eine conditio sine qua non zugeschoben, nun aber erklärt er sich plötzlich bereit, bezüglich der Neueintheilung der Wahlkreise sich bestimmte Verpflichtungen auferlegen zu wollen, falls nämlich der Regierung ausreichende Gewähr für die Annahme der Wahlreform im Laufe der Herbstsession des Parlaments geboten werde. Das ist sicherlich für Mr. Gladstone ein sehr demüthigendes Zugeständniß, welches zu seinen früheren hochfahrenden Forderungen einen merkwürdigen, seine Staatskunst gerade nicht erhebenden Gegensatz bildet. Er rechnet aber dabei jedenfalls auch auf eine Concession seitens der Opposition, die vielleicht allerdings gleichfalls Ursache haben dürfte, das Einlenken des Premiers nicht allzu schroff abzuweisen. Ein solcher Entschluß der Opposition, auf den schon manche Anzeichen hinzudeuten scheinen, mag vielleicht weniger mit der inneren politischen Lage Englands, aber desto mehr mit seiner äußeren in Zusammenhang stehen. Letztere kann wohl kaum verzweifelter sein, als im gegenwärtigen Augenblicke. Das geht auch namentlich aus dem jüngsten höchst überraschenden Vorschlag des Schatzkanzlers hervor, zur Deckung der durch die Nachtragscredite verursachten finanziellen Ausfälle die Einkommensteuer im laufenden Finanzjahre von 5 auf 6 Percent zu erhöhen. Wenn schon die bisherigen Thaten und Mißerfolge des Cabinets Gladstone die Reihen seiner früheren Freunde und Anhänger stark gelichtet und die Opposition zu verdoppelten Angriffen ermuntert haben, so ist der erwähnte Antrag des Schatzkanzlers gewiß nur abermals geeignet, der Gladstone'schen Politik in der Masse der englischen Steuerträger den Boden zu entziehen. So äußern sich auch bereits die englischen Wochenblätter, die namentlich im Mittelstande stark verbreitet sind, über jene Absicht, die Einkommensteuer zu erhöhen, in einer überaus entrüsteten Weise. Bei dieser Gelegenheit wird selbstverständlich Herrn Gladstone und seinen Collegen ihr langes Sündenregister und besonders ihre bedenkliche Schätzung des englischen Ansehens neuerdings vorgehalten, und zwar in einem Tone, der deutlich erkennen läßt, daß dieses ganz unbegreifliche Cabinet sich seit Monaten nur noch durch Anwendung allerlei künstlicher Auskunftsmittel und Kniffe zu erhalten vermag, welches unwürdige Ränkespiel der Masse des englischen Volkes längst überdrüssig, ja geradezu widerwärtig geworden ist. Selbst bisher entschiedene Anhänger der Wahlreform, aus welcher bekanntlich Gladstone für seine Politik das größte Capital herauszuschlagen beabsichtigte, beginnen